

Redebeitrag BI Rüsselsheim auf der 84. Montagsdemonstration am 13. Januar 2014

Vorweg möchte ich erwähnen, dass gestern auf dem Neujahrsempfang der BIs beim Sonntags-spaziergang an die Baustelle des Terminal3 bilanziert wurde, dass wir uns mittlerweile im 17. Jahr der Auseinandersetzungen um die Flughafenerweiterung befinden.

Und wir werden wohl oder übel auch noch ein bißchen weiter machen müssen.

Jetzt aber zum eigentlichen Thema:

Was sich bereits am Tag nach der Landtagswahl im September letzten Jahres abzeichnete, ist seit Weihnachten mit der Unterzeichnung des Vertragswerkes quasi amtlich und am nächsten Samstag wird die kommende Landesregierung mit der konstituierenden Plenarsitzung die Parlaments-geschäfte zum 19. Hessischen Landtag aufnehmen.

Alleine um das Herausbilden der Schwarz-Grünen Koalition gab es in den drei Monaten seiner Entstehung eine Menge an Mythen- und Legendenbildung von Seiten der Grünen-Sprecher und des Parteivorstandes bis runter in weite Teile der Ortsverbände.

Etwas davon soll hier heute Abend zunächst einmal wieder gerade gerückt werden ehe die Bewertung des Vertragswerkes vorgenommen wird.

Drei Beispiele

Erste Legende: Die Grünen haben nicht die erhofften Prozente eingefahren, weil sie in der Öffentlichkeit als „Verbots-Partei“ wahrgenommen wurden. Es ist doch vielmehr so, dass mittlerweile auch großen Teilen der Grünen-Politiker die Glaubwürdigkeit abhanden gekommen ist: Sie predigen Wasser und sitzen dann selbst beim Wein zusammen. Wenn es auch schon gut zehn Jahre zurück liegt, so haben viele noch nicht vergessen, dass sich der Bundesvorsitzende Özdemir Mitte 2002 für knapp zwei Jahre aus der Parlamentspolitik zurückgezogen hatte unter anderem wegen der privaten Verwendung dienstlich erworbener Bonus-Meilen für Flugreisen. Und wir hatten ja bereits einige Male Gastredner hier: Gerade Baden-Württemberg ist das Musterländle schlechthin, wo am Beispiel des Großprojektes Stuttgart21 das Agieren eines grünen Ministerpräsidenten uns allen deutlich vor Augen geführt wird.

Zweite Legende: Es hat sich nach den Wahlen die Möglichkeit aufgetan den Amtsinhaber Bouffier unter einer Rot-Grün-Roten Koalition abzuwählen. Dass alleine die Linken wegen überzogener Forderungen dieses Bündnis nicht ermöglicht haben, glaubt doch hier kein Mensch. Grünen und auch der SPD kommt gleichermaßen Verantwortung zu, dass eine solche Option nicht umgesetzt wurde. Vielmehr darf den Grünen unterstellt werden, dass sie eine solche Konstellation nie ernsthaft gewollt haben: Deren Profilneurotiker wären zwischen SPD und Linken zerrieben worden; mit der CDU lässt es sich nun wesentlich bequemer gestalten.

Dritte Legende: In Anbetracht der Umstände seien die Festsetzungen im Schwarz-Grünen Koalitionsvertrag mit dem Titel „Verlässlich Gestalten – Perspektiven Eröffnen“ das maximal mögliche und unter einer großen Koalition hätten wir als Flughafenausbaugesegner schon gar nichts erreicht und würde für uns nichts getan, sondern der Ausbau würde brutalstmöglich weiter betrieben.

Was da von seiten der Grünen ausgehandelt wurde ist als ungenügend zu bewerten. Es geht bei nüchterner Betrachtung nicht über das hinaus, was Ministerpräsident Bouffier bereits vor zwei Jahren an „Lärmschutz“ angeboten hat. Minimalste kosmetische Operationen am Fluglärm sollen uns Betroffenen als den Sachzwängen geschuldeten größtmöglichen alternativlosen Erfolg gegen einen ach so mächtigen Gegner verkauft werden.

Bezeichnend mit wie wenig Herzblut da gerungen wurde: Die Grünen waren weder willens noch in der Lage dort eine eigene Duftmarke festzuzurren. Selbst die kleinste Promenadenmischung hebt doch hie und da das Bein, um das Revier zu markieren. Im ausgehandelten Koalitionsvertrag mag das für den Themenkomplex Landwirtschaft oder die Energiewende vielleicht noch zutreffen, zum Thema Flughafen aber keine einzige eigene Idee wie bspw. die Aufhebung des Bannwald-Status wieder rückgängig zu machen und den Wald um den Flughafen wieder entsprechend unter Schutz zu stellen. Was übrigens auf der Delegiertenversammlung im Dezember noch an Frank Kaufmann von den Grünen herangetragen wurde.

Es wird sich dann fast ausschließlich auf die Fluglärmproblematik beschränkt. Nichts zu all den anderen vom Flughafenbetrieb ausgehenden Belastungsfaktoren. Kein Wort zu einer uns schon vor Jahren versprochenen Gesamtbelastungsstudie. Stattdessen werden wir einmal mehr auf die Fertigstellung der NORAH-Studie vertröstet, die Rollen des sogenannten „Forum Flughafen und Region“ (FFR) und des äußerst kritisch zu betrachtenden „Umwelt-undNachbarschaftshauses“ (UNH) sollen obendrein noch gestärkt werden und es werden im Rahmen einer Stabsstelle Fluglärmreduzierung noch entsprechende, hochdotierte Pöstchen geschaffen, mit der die eigene Klientel bedient wird.

Der Planfeststellungsbeschluss vom Dezember 2007 soll „als Grundlage aller weiteren Überlegungen“ dienen, anstatt hier umgehend die dringend und zwingend notwendigen Nachbesserungen und Korrekturen vorzunehmen. Die grünen Minister und ein grünes RP müssten eigentlich die zahllosen Fehlentscheidungen des oben genannten Verfahrens jetzt umgehend korrigieren. Es kann nicht angehen, dass wie bei den Entscheidungsgründen zum Klimaschutz ausgeführt Klimaveränderungen infolge der Emissionen des globalen Luftverkehrs nicht Gegenstand dieses Planfeststellungsverfahrens waren, da sie nicht dem planfestgestellten Vorhaben zuzurechnen seien, sondern unabhängig vom Ausbau des Flughafens entstünden. (aus Ordner 3 unter C Entscheidungsgründe III Materielles Recht zu 10 Klimaschutz S.2162)

So werden wir in den nächsten Wochen und Monaten die Grünen an ihren formulierten Ansprüchen messen und mit unserer Betroffenheit konfrontieren.

Die Bürgerinitiative MainSpitze (BiMS) hat dieser Tage an den zukünftigen Flughafenminister geschrieben und diesen aufgefordert, die von seinem Vorgänger kurz vor Amtsende erteilte Genehmigung zum „Incentive Programm FRAConnect“ wieder umgehend zu kippen. Wir dürfen gespannt sein, ob Tarek AlWazir den salbungsvollen Worten auf der grünen Mitgliederversammlung kurz vor Weihnachten nun auch Taten folgen läßt.

Und wir müssen dann unter Umständen nach 100 Tagen Schwarz-Grüner Regierung für eine Bilanzierung in der Landeshauptstadt auf die Straße gehen.

Roger Treuting
(BI Rüsselsheim)